

Grünes Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 24.11.2020

1. Bekanntgabe der am 20.10.2020 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse. Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 20.10.2020
2. Bestellung von Urkundspersonen – Krenzke und Rehorst
3. Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung
4. Vergabe des Preises für vorbildliche Jugendarbeit 2019. Coronabedingt fand keine Sitzung statt, sondern es wurde ein Umlaufbeschluss per Email getroffen. Das Verfahren hat sich aus unserer Sicht als suboptimal erwiesen. Durch die Vielzahl an Teilnehmern konnte keine Diskussion stattfinden. Daher hoffen wir, dass im nächsten Jahr wieder eine Sitzung stattfinden kann. Wir tragen den gefundenen Vorschlag jedoch mit. Somit erhalten der VfB St. Leon 1.500.- € der FC Rot 1.500.- € die DLRG 1.000.- € der TSV Rot 1.000.- € Verein für Selbstverteidigung 500.- € und das Jugend Sport Event 500.- €
Einstimmig angenommen
5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Areal Schillerstraße/Grimmstraße"
Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wurde vorbesprochen. Ursprünglich war es unser Wunsch gewesen das Grundstück für die Gemeinde zu erwerben und dann selbst zu bebauen. Uns wäre hier eine größere Wohneinheit mit günstigem Wohnraum lieber gewesen. Das Gebiet grenzt schließlich an den Elektrofachmarkt an, der eine große Bebauung darstellt. In zukünftigen Bebauungsplänen werden wir diese Forderung verstärken. Aktuell halten wir das bisher formulierte Energiekonzept, wie schon beim Baugebiet Oberfeld für unambitioniert. Wir fordern daher die Häuser in Plusenergiebauweise zu errichten. Nur hilfsweise würden wir einem Passivhausstandard zustimmen, wenn ein regionales Energieversorgungskonzept wie die doppelte Ackernutzung zum Tragen kommt. Abstimmung: 19 Ja und 3 Enthaltungen
 1. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans
 2. Annahme des Entwurfs
 3. weiteres Verfahren
6. Bebauungsplan "Gewerbepark St. Leon-Rot, 6. Änderung"
Hinter dieser Änderung stehen 2 Bauvorhaben. Schon in der Vorbesprechung im Ausschuss für Umwelt und Technik haben wir grundsätzlich beiden Vorhaben zugestimmt. Jedoch haben wir mehrfach darauf hingewiesen, dass wir der Anlage von Parkplätzen im Bereich der Opelstr. nicht zustimmen werden. Der aktuelle Grünstreifen wird durch die Anlage einer (Stich-)Straße verkleinert. Am Rande der Straße könnte dann der Radweg angelegt werden

und somit ein Großteil des Grünstreifens erhalten bleiben. Der Wunsch des Golfclubs Teile des Grünstreifens zu erwerben und dauerhaft zu pflegen finden wir gut.

Der zweite Teil des Bebauungsplans betrifft die Zufahrt zum Rechenzentrum der SAP und soll nach Sicherheitsstandards ausgebaut werden. Die dazu notwendigen Maßnahmen tragen wir mit. In der Abstimmung gab es 21 Ja- und eine Nein-Stimme

1. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans
 2. Annahme des Entwurfs
 3. Weiteres Verfahren
7. Grundstücksverkäufe Verkauf von insgesamt ca. 1.889 m² an die SAP SE
- Der Verkauf der Grundstücke steht im Zusammenhang mit der Änderung des Bebauungsplans und findet unsere Zustimmung (s.o.) – Einstimmig beschlossen
1. Verkauf einer Teilfläche des Flurstücks 7351, (Opelstraße) an den Golfclub
 2. Verkauf des Grünstreifens (Flurstück 7380) an Nussbaum Medien
8. Grundstücksvergabe Gewerbegebiet "Schiff II"
- Die Vergabe der Grundstücke wurde vorberaten. Die Anzahl der Bewerber und die Anzahl der Grundstücke hielt sich die Waage. Es wurde keine Bevorratung von Gewerbegrundstücken zugestimmt. Die Betriebe sind für das Gewerbegebiet geeignet. Daher stimmen wir der Vergabe zu. Einstimmig angenommen
9. Verkauf der Hundezuchtanlage im Gewann "Weißenstock"
- Wir stimmen dem Verkauf zu, da eine Gemeinde nicht Besitzer und Verpächter einer solchen Anlage sein muss. Für uns nicht nachvollziehbar war eine Diskussion über den Preis. Sollte die Bewerberin den Preis nicht akzeptieren, so kommt eine neue Ausschreibung zu Stande. Dies birgt dann das Risiko, dass sich weitere Bewerber melden. Es wurde beschlossen den Verkauf anzubieten und bei Ablehnung den Preis erneut nicht öffentlich zu beraten - einstimmig
10. Änderung Energieliefercontracting-Vertrag Harres
- Ursprünglich war geplant, dass über ein Contracting Vertrag die Lüftung des Harres über eine Optimierung der Steuerung und neue Ventilatoren optimiert wird. Bei der Durchführung hat sich aber gezeigt, dass die Steuerungskomponenten nicht miteinander zusammenarbeiten werden. Daher hat der Contracting-Partner angeboten, aus dem Vertrag auszusteigen, wenn die Gemeinde die (benötigten) Ventilatoren übernimmt. Dann kann die Gemeinde die Lüftungsanlage komplett erneuern und mit einer Wärmerückgewinnung versehen. Dies ist ein Eigenregie günstiger als in einem Contracting Verfahren zu machen.

Weiterhin würde durch eine Erneuerung auch die Einsparung von CO2 sehr viel besser ausfallen. Gegenüber der ursprünglichen Einsparung von 40 Tonnen / Jahr kämen wir auf eine Einsparung von 88 t. zu diesem Zweck müssen aber auch baulich Veränderungen vorgenommen werden. Wir finden es gut, dass wir als Gemeinde nun das Projekt mit der größeren Einsparung machen. Fragen uns jedoch, warum nicht gleich über eine große Lösung nachgedacht wurde. Einstimmig angenommen

11. Karenzzeit für die Veröffentlichung von Parteien, Wählervereinigungen und Fraktionen vor Wahlen in den Gemeindenachrichten

Schon bei dem Beschluss am 14.03.2017 haben wir uns gegen eine dreimonatige Karenzzeit ausgesprochen. Wir halten diese Zeit für zu lange. Für 2021 bedeutet dies, dass wir die Hälfte des Jahres nicht über Gemeinderatsthemen berichten dürfen. Dies sehen wir als nicht sachgerecht an. Die Berichterstattung von Parteien und Fraktionen zu Gemeinderatsthemen über so lange Zeiträume einzuschränken halten wir für unangebracht. Dies sehen einige Nachbarkommunen ähnlich und haben eine Frist von 6 Wochen eingeführt. Dies halten wir gerade noch für begründbar. Denn 6 Wochen vor der Wahl ist auch schon die Briefwahl möglich und somit wäre eine Beeinflussung denkbar. Sollte sich die 3-Monatsfrist für Parteien nicht verändern lassen, so würden wir eine Berichterstattung für Fraktionen zu Gemeinderatsthemen mit 6 Wochen Sperrfrist einführen wollen. Somit wäre zumindest hier mehr Transparenz möglich. Daher stellen wir den Antrag auf 6 Wochen zu verkürzen, da wir die rechtliche Beurteilung der Nachbarkommunen, wie z.B. Leimen vertrauen. In der Diskussion wurde jedoch schnell klar, dass eine Information der Bevölkerung kein Gewicht beigemessen wird. Die vermeintliche Rechtsicherheit gegen eine Beeinflussung der Bevölkerung durch Information wurde mehr Gewicht zugestanden. Das ist schade, da dann der Infoluss auf die direkte Teilnahme an Gemeinderatssitzungen und die Berichterstattung durch das Protokoll eingeschränkt wird. Wir hätten uns da eine andere Lösung gewünscht. In der Abstimmung haben wir eine Verkürzung auf 6 Wochen eingebracht. Dies wurde mit 14 Nein, bei 3 Ja und 5 Enthaltungen abgelehnt. Für eine Beibehaltung der 3 Monatsfrist und weiterer Änderungen stimmten dann 17 mit Ja, 3 mit Nein und es gab 2 Enthaltungen

12. Plakatierung Hier: Antrag der FDP-Fraktion

Große Teile des Antrags waren überflüssig, da es die geforderten Regelungen schon gibt. Übrig blieb vom Antrag nur, dass die Plakatierung auf feste Standorte begrenzt wird und die Durchführung von einer Privatfirma übernommen wird. Eine Begrenzung der Wahlplakate in der 6 Wochenfrist vor einer Wahl sollte es zu keiner Änderung kommen. Da wir das

Aufstellen von Werbeplakaten nicht als notwendige Aufgabe der Daseinsvorsorge betrachten, stimmen wir der Übernahme dieser Aufgabe durch eine Privatfirma zu. Auch die Festlegung von Standorten ist okay. Wir möchten nur eine moderate Preisgestaltung umgesetzt wissen, da die Gemeinde ja schon durch den Wegfall der Genehmigung entlastet wird. Leider zeigte sich in der Diskussion, dass eine Obergrenze für Wahlplakate keine Mehrheit finden wird. Die einen halten eine Begrenzung für nicht rechtssicher und die anderen ist die Materialschlacht vor eine Wahl willkommen, da Umweltbelange für diese Gruppe keine Relevanz haben. Somit haben wir auf einen (erfolglosen) Antrag verzichtet. In der Abstimmung des Verwaltungsvorschlages gab es 21 Ja Stimmen und eine Enthaltung. Aufgrund der vorgerückten Stunde wollten einige Gemeinderäte die Sitzung beenden. In Anbetracht der nächsten Sitzung in 2 Tagen und der schon vollen Tagesordnung dort und weil unser Antrag schon einmal verschoben wurden, waren wir dagegen. In der Abstimmung waren 9 für ein Ende; 9 dagegen und es gab 4 Enthaltungen. Somit war der Antrag nicht angenommen und es ging weiter.

13. Informationen in Echtzeit – Übertragung der Ratssitzungen im Internet via Livestream hier:
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Hier unsere Stellungnahme im Wortprotokoll: Wir leben in bewegten Zeiten. Dieser Anspruch wurde schon oft getätigt und immer, wenn man denkt, das ist nun nicht mehr zu toppen, dann verändert sich wieder etwas. So ist es auch mit der Digitalisierung. Vor einem Jahr war das Wort Homeoffice, für viele ein abstrakter Begriff. Heute werden vielfach schon Büroflächen aufgegeben, weil man sie nicht mehr braucht und fest mit der Einsparung der Fixkosten durch dauerhaftes Homeoffice rechnet. Videokonferenzen sind für viele zur Dauereinrichtung geworden und manchmal schon Zuviel des Guten, jedenfalls für meinen Geschmack. Auch die Landespolitik hat reagiert und es den Gemeinden ermöglicht, Ratssitzungen als Videokonferenz abzuhalten. Nur der Zuschauer, muss sich noch in einen Saal begeben, wenn er dieser Videokonferenz zuschauen will. Diesen Zustand finden wir nicht gut. Wir finden, dass die Zeit reif ist, auch das Zuschauen von Gemeinderatssitzungen ins Internet zu verlagern. Andere Gemeinden machen uns dies seit vielen Jahren vor und zeigen, dass es rechtlich und praktisch möglich ist Ratssitzungen zu übertragen. Dabei bleiben für uns die Argumente von 2017 weiterhin bestehen.

Wir sehen es immer noch als ein Zeichen von Transparenz, wenn man eine Sitzung auch von zu Hause live oder zeitversetzt ansehen kann.

Wir sehen es immer noch als hilfreich an, wenn man sich alte Wortbeiträge nochmals

anhören kann, um zu wissen was genau gesagt wurde.

Und wir sind immer noch bereit, auch Alternativen zum Livestream, wie das zeitversetzte Senden oder auch Podcasts zu nutzen. Das Ganze kann man auch nur für einen begrenzten Zeitraum testen.

Die aktuelle Coronalage würde sich für einen solchen Test idealerweise anbieten. Wir könnten 2021 die Übertragungen anbieten. Sollte die Pandemie vorbei sein und der Gemeinderat eine Weiterführung ablehnen, so wäre es zumindest ein Beitrag zur Eindämmung der Pandemie gewesen.

Wir sind jedoch der Meinung, dass durch die gelebte Digitalisierung die Nutzung des Internets für viele so selbstverständlich geworden ist, dass man ein Zurück nicht mehr für sinnvoll erachtet wird. Daher bitten wir den Antrag zu unterstützen und zumindest einem Versuch im Jahr 2021 zuzustimmen. Auch gewissen Auflagen, wie der ausschließlich privaten Nutzung oder dem zeitversetzten Senden stehen wir offen gegenüber.

Für die anderen Fraktionen (Ausnahme 1 SPD) ist die Transparenz im Internet nicht ganz geheuer. Rechtliche Bedenken und verändertes Sitzungsverhalten wurde hervorgebracht. Auch wenn es dafür viele Wiederlegungen aus anderen Gemeinden gibt, wurden diese Argumente gebetsmühlenhaft wiederholt. Nicht einmal erwähnt wurde die Coronasituation, die wenigsten eine zeitlich befristete Ausnahme zugelassen hätte. Geht so Digitalisierung oder Gesundheitsvorsorge? In der Abstimmung waren 4 dafür 17 dagegen und eine Enthaltung.

14. Unterstützung ortsansässiger Gewerbetreibende

Hier möchte die Gemeinde 20 Schirme zum Aufstellen vor Geschäften anschaffen. Als Preis wurde 13.000.- € angegeben. Grundsätzlich finden wir die Idee gut. Was uns nur wundert. Den ganzen Abend wurden und rechtliche Bedenken entgegengeschleudert. Aber 20 Schirme in der Ortsmitte auf nicht sehr breiten Gehwegen soll kein Problem sein? Das macht einen schon stutzig. In der Diskussion wurde dann noch verkündet, dass für die Schirme 38.000.- € benötigt werden und die Lebensdauer wohl nur 1 Jahr sein soll. Das erschien uns dann doch etwas viel für die Aktion. In der Abstimmung wurde dann vorgeschlagen die Situation nochmals zu prüfen und max. 20.000.- € auszugeben. Auch das ist für uns nicht sehr schlüssig. In der Abstimmung waren dann 19 dafür und es gab 3 Enthaltungen.

15. Verschiedenes - vertagt

16. Wünsche und Anfragen - vertagt